

32 Transrapid als Hightech-S-Bahn für Shanghai

Nachdem am 20. November eine deutsch-chinesische Machbarkeitsstudie vorgelegt worden war (NfA, 20.11.00), bestätigte die Thyssen Transrapid System GmbH, man sei mit den chinesischen Partnern übereingekommen, dass der Transrapid bis spätestens 2003 in Shanghai fahren soll (NfA, 21.11.00). Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, müssten allerdings zumindest Vorverträge noch in diesem Jahr unterzeichnet und die Bauarbeiten Anfang nächsten Jahres aufgenommen werden (NfA, 20.11.00).

War ursprünglich eine 35 km lange Strecke vom neuen Flughafen Shanghai-Pudong bis zum Fernsehturm geplant, sehen die Pläne derzeit nur eine um 5 km verkürzte Trasse vom Airport bis in das Finanzzentrum Liujiazui mit Anbindung an die U-Bahn der Stadt vor. Nachdem das japanische Konkurrenzprodukt zumindest für den Einsatz in Shanghai damit offensichtlich aus dem Rennen ist (vgl. C.a., 00/10, Ü 28), könnte die Finanzierung noch Probleme aufwerfen. Die Geldmittel sollen nach dem derzeitigen Stand der Dinge zu je einem Drittel von der Shanghai Metro Operation Company als voraussichtlicher Betreibergesellschaft und durch chinesische Banken bereitgestellt werden. Dagegen ist bisher offen, ob das dritte noch fehlende Drittel von deutscher Seite über die Kreditanstalt für Wiederaufbau aufgebracht werden kann. Die Verhandlungen mit der KfW in Deutschland sind noch nicht abgeschlossen (NfA, 21.11.00).

Von Regierungsseite war indes am 12. Dezember zu hören, staatliche Mittel stünden für die Finanzierung des Projekts nicht zur Verfügung (Deutschlandfunk, 12.12.00). -kg-

33 Rolllt eine japanische Investitionsoffensive an?

Einer Studie der Japan Bank for International Cooperation zufolge erfreut sich China bei japanischen Unternehmen im Zuge der Erholung der eigenen Wirtschaft von der Finanzkrise erstmalig nach fünf Jahren stark rückgängiger Investitionen wieder wachsender Beliebtheit als Investitionsstand-

ort. 57 der 469 befragten japanischen Firmen erklärten, sie wollten neue Investitionen in China tätigen; 126 wollten ihr bestehendes wirtschaftliches Engagement in der VR China ausweiten. (WSJ online, 9.11.00)

Die größten Potenziale sehen dabei auf Grund niedrigerer Arbeitskosten in China die japanischen Zulieferer der japanischen Elektro- und Elektronikindustrie sowie des Automobil- und Präzisionsmaschinenbaus. Daneben planen japanische Unternehmen insbesondere die Auslagerung der Produktion weniger profitabler Waren wie konventioneller Fernsehgeräte, um sich im Inland auf profitablere Hightech-Produkte zu konzentrieren. China wird in diesem Zusammenhang nur einer unter vielen potenziellen Standorten sein, denn lediglich 1,4% der befragten japanischen Unternehmen denken über eine Einschränkung ihrer Aktivitäten im Ausland nach. Immerhin wird der Volksrepublik nicht zuletzt auf Grund des antizipierten Beitritts zur WTO von der japanischen Wirtschaft auf mittlere Sicht ein besseres Investitionsumfeld zugeschrieben als beispielsweise den USA. (Ebd.)

Unter den Firmen, die bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt über konkrete Pläne für zukünftige Projekte in China verfügen, gehört Hitachi, in China bereits mit 21 Investmentfirmen vertreten und weltweit einer der 500 größten Konzerne. In Beantwortung des Rufs der chinesischen Regierung nach wirtschaftlichem Engagement beim chinesischen „Aufbau West“ kündigte Hitachi China umfangreiche Investitionen im Westen Chinas auf den Sektoren Umwelt, Energie und Kommunikation an. Als Schwerpunktprojekt wurde in diesem Zusammenhang ein Kleinbahnprojekt für Chongqing benannt, dessen Fertigstellung für das Jahr 2004 geplant ist. (XNA, 31.10.00)

Zur Förderung des bilateralen Handels ist eine Internet-Plattform in chinesischer, japanischer und englischer Sprache geplant, die von der Japan Association for the Promotion of International Trade gemeinsam mit einer chinesischen Firma in Dalian realisiert werden soll. Mit einer geplanten Investitionssumme von 1,2 Mio. US\$ soll dieses Online-Angebot u.a. dem

Informationsaustausch und dem Warenhandel dienen. Es sollen insbesondere kleinere Unternehmen angesprochen werden, denen es somit ermöglicht werden soll, mit einem Minimum an Kosten am internationalen Wettbewerb teilzunehmen. (XNA, 31.10.00) -kg-

Binnenwirtschaft

34 Anstieg des Wirtschaftswachstums auf über acht Prozent?

Das Staatliche Statistikamt rechnet für das Jahr 2000 damit, dass das Wirtschaftswachstum die 8%-Marke überschreiten wird. Nach Einschätzung von Qiu Xiaohua, Sprecher des Statistikamtes, bestanden in diesem Jahr für China die besten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen seit Beginn der Asienkrise. Allerdings äußerte sich Qiu zurückhaltend bei der Bewertung, ob mit diesem Jahr eine neue Phase des Hochwachstums begonnen hat. So sei die gesamtwirtschaftliche Basis noch relativ schwach, und die Veränderungen seien im Wesentlichen auf die Politik der Regierung zurückzuführen. Die Performance der Unternehmen sei ebenfalls weiterhin unbefriedigend. Ohne Erfolge bei der wirtschaftlichen Umstrukturierung, so Qiu Xiaohua, könne kein nachhaltiges Wachstum erreicht werden. (XNA, 29.11.00)

Einige Wirtschaftsdaten für Oktober weisen eher eine Verschlechterung aus. So stieg zwar die industrielle Wertschöpfung um 11,4% gegenüber dem Vorjahresmonat, doch war dies Wachstum um 0,6% niedriger als im September d.J. Diese Entwicklung ist auf die enttäuschende Performance der Staatsunternehmen zurückzuführen. Die industrielle Wertschöpfung der staatseigenen Unternehmen und staatlich kontrollierten Aktiengesellschaften lag mit einem Anstieg von 8,3% im Oktober um 2,9% niedriger als im September. (XNA, 10.11.00)

Allerdings konnten die Industrieunternehmen ihre Verluste in den ersten zehn Monaten d.J. um 13,3% gegenüber der Vorjahresperiode reduzieren.

Die Gesamtsumme der Verluste belief sich auf 99,04 Mrd. Yuan. Auf die staatseigenen Unternehmen entfielen 63,67 Mrd. Yuan. (XNA, 29.11.00)

Deutlich niedriger lag auch die Wachstumsrate der Anlageinvestitionen im Oktober mit 10,8% gegenüber 13,8% im September. Die Ursache hierfür ist ein deutlicher Rückgang der Investitionen in die technische Erneuerung. (XNA, 17.11.00) Die Anlageinvestitionen werden als Indikator für Regierungsausgaben betrachtet, sodass ihre langsamere Zunahme mit Besorgnis gesehen wird. (SCMP, 17.11.00)

Nachdem die Verbraucherpreise im Juli und August gestiegen waren, verzeichneten sie im Oktober einen erneuten Rückgang um 0,1% im Vergleich zum Vormonat September; keine Veränderung der Verbraucherpreise trat im Vergleich zum Vorjahresmonat auf. Preissenkungen gab es insbesondere bei Haushaltsgeräten, medizinischen Produkten, Transport und Telekommunikationsausrüstungen. (XNA, 15.11.00)

Auch die M2-Geldmenge nahm im Oktober lediglich um 12,3% zu, während der Anstieg im September noch 13,4% und im August 13,3% betragen hatte. (SCMP, 14.11.00)

Eine positive Entwicklung weist dagegen der Einzelhandelsumsatz auf, der im Oktober um 10,4% gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen ist. Im September hatte der Einzelhandelsumsatz um 9,6% zugenommen. Der Anstieg des Einzelhandelsumsatzes im Oktober wird auf das Phänomen der „holiday economics“ zurückgeführt. So hatte die Regierung sowohl zum 1. Mai (Tag der Arbeit) als auch zum 1. Oktober (Nationalfeiertag) die Behörden angewiesen, für eine Woche anstatt der üblichen zwei bis drei Tage zu schließen. (SCMP, 14.11.00)

Mit dem Abbau der Lagerbestände, deren Wert sich 1996 auf rd. 300 Mrd. Yuan belief, beschäftigt sich das State Inventory Regulating Center. Der Anstieg der Lagerbestände (keine konkreten Angaben dazu) wird auf die Unfähigkeit einiger Unternehmen zurückgeführt, ihren Produktmix an die Nachfrage anzupassen. Das 1997 gegründete Zentrum hat rd. 100.000 Mitgliedsunternehmen und setzt moderne Medien wie das Internet ein, um

die Lagerbestände preisgünstig zu verkaufen. Insgesamt soll das Zentrum in den letzten drei Jahren Lagerbestände mit einem Wert von 160 Mrd. Yuan abgewickelt haben. (XNA, 16.11.00)

Ob das Wirtschaftswachstum tatsächlich 8% erreichen oder sogar überschreiten kann, wird vor allem von den Investitionen, der Inlandsnachfrage und den Exporten abhängen. Kann die Zunahme der Investitionen stabilisiert und die Inlandsnachfrage weiter erhöht werden, dann bestehen gute Aussichten, das Wachstumsziel zu erreichen. Die notwendige Expansion der Ausfuhren wird wahrscheinlich kein Problem sein; mit ihrem Anstieg um rd. 30% kann gerechnet werden. (SCMP, 29.11.00)

Während auch die Asiatische Entwicklungsbank in diesem Jahr von einem Wirtschaftswachstum in Höhe von 7,8% für China ausgeht, erwartet sie für das kommende Jahr einen Rückgang auf 7,5%. Nach Einschätzung des ADB-Repräsentanten in Beijing hat sich die Wirtschaft in diesem Jahr besser als erwartet entwickelt, insbesondere hinsichtlich der Inlandsnachfrage und der privaten Investitionen. Zu den positiven Einflussfaktoren zählt die Bank außerdem die Zinssenkungen, das staatliche Ausgabenprogramm sowie die Erhöhung der Ausfuhren. Negativ wirkte sich der Rückgang des Getreideoutputs aus, der den Anstieg der bäuerlichen Einkommen auf nur 1,3% beschränkte, sowie der Rückgang der ausländischen Investitionen.

Zwischen 2001 und 2003 geht die ADB von einem durchschnittlichen Wachstum von 7-7,5% aus. Die OECD erwartet aufgrund einer Zunahme des privaten Konsums ein Wirtschaftswachstum von 7,5-8% in den kommenden zwei Jahren. (SCMP, 22.11.00) -schü-

35 Arbeitskonferenz zur Wirtschaftsentwicklung stellt Ziele für 2001 vor

Ende November wurde eine dreitägige Arbeitskonferenz des ZK der KPCh und des Staatsrats abgehalten. Neben Staatspräsident Jiang Zemin hielt auch Ministerpräsident Zhu Rongji eine Ansprache während der Konferenz, an der ebenfalls Li Peng, Li Ruihuan,

Hu Jintao, Wei Jiangxing und Li Langqing teilnahmen.

Folgende Leitlinien und Aufgaben der Wirtschaftsentwicklung wurden für 2001 vorgestellt:

- Stärkung des Agrarsektors als Basis der Wirtschaft und Anhebung der bäuerlichen Einkommen.

Auf der Konferenz wurde darauf hingewiesen, dass ein historischer Wendepunkt in der landwirtschaftlichen Produktivität im Zeitraum 1995-2000 erreicht wurde. Zunächst sei ein Ausgleich zwischen Getreideangebot und -nachfrage und dann ein Getreideüberschuss erreicht worden. Allerdings sei der nur langsame Anstieg der bäuerlichen Einkommen problematisch, und die Lokalregierungen müssten alle Anstrengungen im nächsten Jahr unternehmen, um Lösungen dafür zu finden.

Die Umstrukturierung des Agrarsektors soll 2001 weiter fortgesetzt werden. Dazu zählt auch die verstärkte Anwendung von Wissenschaft und Technologie im Pflanzenanbau, die Entwicklung und Stärkung des Ackerbaus in verschiedenen Regionen sowie die Verbesserung der Qualität und Effizienz im gesamten Agrarsektor.

Auch im kommenden Jahr wird die Regierung den Ankauf von Überschussgetreide der Bauern zu einem geschützten Preis durchführen, um die Interessen der Bauern zu wahren und einen Anreiz zum Getreideanbau zu bieten.

- Weitere Reform der Staatsunternehmen sowie Readjustierung und Optimierung der Industriestrukturen.

Die Reform der staatseigenen Unternehmen ist im nächsten Jahr weiter fortzusetzen und zu vertiefen. Nach dem Prinzip des „survival of the fittest“ sollen sich staatseigene Unternehmen weiter entwickeln können bzw. geschlossen werden. Die Regierung wird eine Reihe von großen Unternehmensgruppen bilden, die wettbewerbsfähig sind. Gleichzeitig wird die Reform der Monopolindustrien durch mehr Wettbewerb beschleunigt. Um ein modernes Unternehmenssystem aufzubauen, sollen die Unternehmen in Kapitalanteils-gesellschaft-

ten umgewandelt und ihre rechtliche Struktur verbessert werden.

Die Anpassung des staatlichen Sektors soll mit der strategischen Umstrukturierung der Wirtschaft verbunden werden. Hierbei geht es vor allem um die Beziehung zwischen Hightech-Industrien und traditionellen Industrien, zwischen technologie- und kapitalintensiven sowie arbeitsintensiven Industrien und zwischen der industriellen Entwicklung in West-, Zentral- und Ostchina.

Projekte von strategischer Bedeutung in der Periode des 10. Fünfjahresplanes sind der Bau der Erdgas-Pipeline und der Elektrizitätsnetze, die Energie von Westchina nach Ostchina leiten werden, sowie der Bau von Transportstrecken und Projekte des Umweltschutzes.

- Fortsetzung der aktiven Fiskalpolitik im Jahre 2001.

Auch im kommenden Jahr sollen die Ausweitung der Inlandsnachfrage und die Verstärkung der makroökonomischen Kontrolle fortgesetzt werden. Auf der Konferenz bestand Einigkeit, dass die Förderung des Inlandsmarktes notwendig ist, weil die Stärkung des Inlandsmarktes mehr Handlungsspielraum und Risikoabsicherung gegenüber dem Weltmarkt und Veränderungen der Weltwirtschaft mit sich bringt.

Die aktive Fiskalpolitik gilt als wichtige Maßnahme für die Ausweitung der Inlandsnachfrage, die derzeit relativ schwach ist. Die stimulierenden Anreize der Regierung, um Investitionen von nichtstaatlichen Sektoren und den privaten Konsum zu beschleunigen, benötigen Zeit für ihre Wirkung. Aus diesem Grund hat die Konferenz eine Fortsetzung der staatlichen Ausgabenpolitik beschlossen.

- Fortsetzung der bisherigen Geldpolitik und stärkere Überwachung der Banken.

Auch durch die Geldpolitik sollen Anreize zur Ausweitung der Inlandsnachfrage gesetzt werden. Die Stabilität der Geldpolitik wird als Voraussetzung dafür gesehen, dass der Finanzsektor eine größere Rolle in der Beschleunigung des Wirtschaftswachstums spielen kann. Gleichzeitig

soll die Überwachung der Banken verstärkt werden, um ihre sichere, effiziente und stabile Arbeit zu garantieren. Im kommenden Jahr sollen verschiedene Finanz- und Kreditpolitiken zur Ausweitung der Inlandsnachfrage und zur Unterstützung der Umstrukturierung der Wirtschaft durchgeführt werden. Zwischen Geld- und Fiskalpolitik soll außerdem eine bessere Abstimmung erfolgen.

- Vorbereitung auf den Beitritt zur WTO und auf ein neues Stadium der außenwirtschaftlichen Öffnung.

Mit dem Beitritt zur WTO wird China noch stärker am Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung teilhaben. Die Konferenzteilnehmer betonten, dass der WTO-Beitritt im langfristigen Interesse Chinas ist und sowohl Chancen als auch Herausforderungen bietet. Mit dem WTO-Beitritt sind weitgehende Veränderungen verbunden, insbesondere im Verhältnis zwischen Regierung und Wirtschaft, den Managementmechanismen der Unternehmen sowie den Regeln und den Rahmenbedingungen der Wirtschaft.

In Vorbereitung auf den WTO-Beitritt kündigten die Konferenzmitglieder an, dass alle relevanten Wirtschaftsgesetze angepasst und Fachleute ausgebildet würden, die mit den WTO-Regeln vertraut seien. Als Anforderung der weiteren außenwirtschaftlichen Öffnung sollen außerdem die bestehenden Monopole von Industrien sowie regionale Marktbarrieren abgebaut und alle Arten der Diskriminierung von nichtstaatlichen Unternehmen beseitigt werden.

- Die Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung stellt den Eckpfeiler des Ausgleichs von Reform, Entwicklung und sozialer Stabilität dar.

Um die Einkommen der städtischen und ländlichen Bevölkerung zu erhöhen, soll im kommenden Jahr die Diversifizierung der Arbeitsplatzangebote von allen Lokalregierungen gefördert werden. Hierzu zählt die Ermutigung von Unternehmen verschiedener Eigentumsformen, die Arbeitsplätze schaffen können. Gleichzeitig soll die

Reform des sozialen Sicherungssystems mit den Bereichen Renten-, Arbeitslosigkeits- und Krankenversicherung sowie medizinische Dienste fortgesetzt werden.

Auch die Sicherung des Mindestlebensstandards in den städtischen Gebieten soll 2001 weiter verbessert werden. Weiterhin wurden zusätzliche Anstrengungen gefordert, um die Armut in den ländlichen Gebieten zu überwinden und die städtischen Einwohner mit einem niedrigen Einkommen besser zu versorgen. (XNA, 1.12.00) -schü-

36 Projektbeginn für Elektrizitätslieferungen von Westnach Ostchina

Anfang November d.J. hat das ambitionierte Projekt zur Lieferung von Elektrizität aus Westchina nach Ostchina begonnen. Das Projekt, mit dem ab 2005 rd. 10 Mio. KW in die südchinesische Provinz Guangdong geliefert werden sollen, zählt zu den Schlüsselprojekten in der Strategie zur Entwicklung Westchinas. In einer Stellungnahme Zhu Rongjis wird die herausragende Rolle des Projekts zur Förderung sowohl des ressourcenreichen Westens als auch der energieknappen Küstenregion herausgehoben.

Das Gesamtprojekt hat mit dem Bau der Wasserkraftwerke Hongjiadu und Yinzidu sowie der Ausweitung des Wasserkraftwerks Wujiangdu am Wujiang-Fluss begonnen, einer der Nebenarme des Yangzi in der südwestchinesischen Provinz Guizhou. Diese Provinz hat reiche Wasserkraftressourcen, und zwar von 16,4 Mio. KW, und Kohlereserven von 240 Mrd.t. Am Wujiang-Fluss sollen insgesamt zehn Wasserkraftwerke mit einer Gesamtkapazität von 1,49 Mio. KW und Investitionen in Höhe von 7,3 Mrd. Yuan gebaut werden.

Gleichzeitig startete der Bau von drei Elektrizitätsübertragungsleitungen und einem Wärmekraftwerk in der Provinz Yunnan. Insgesamt sind verschiedene Einzelprojekte in den Provinzen Yunnan, Guizhou, Hubei, Chongqing und Guangxi geplant, die zusammen die Südroute des West-Ost-Elektrizitätsübertragungssystems bilden werden, durch das Strom in

das südchinesische Elektrizitätsnetz gespeist werden wird.

Auf der Nordroute wird Elektrizität durch die Innere Mongolei und die Provinz Shaanxi in das nordchinesische Elektrizitätsnetz eingegeben. Die dritte Route verläuft durch Sichuan und andere Provinzen und wird Elektrizität in die zentral- und ostchinesischen Netze einspeisen. (XNA, 9.11., 10.11. und 28.11.00)

Im internationalen Vergleich liegt der Pro-Kopf-Verbrauch von Elektrizität bei 900 kWh (1997) und damit rd. ein Drittel unter dem Weltdurchschnitt. Es bestehen starke Verteilungsunterschiede in der Energieproduktion und -nutzung mit Konzentration in den Küstenregionen und Defiziten in der Energieversorgung in Zentral- und Westchina. Unzureichende Stromnetze erschweren die gleichmäßigere Verteilung der Energie. Die bestehenden zwölf regionalen und sechs überregionalen Netze sind noch nicht zu einem nationalen Elektrizitätsnetz zusammengeschlossen. Hierbei wird auch der Bau des Drei-Schluchten-Staudamms am Yangzi eine zentrale Rolle spielen. Ein Beispiel für ein Elektrizitätsnetz ist das Elektrizitätsnetz Ostchina, das die Provinzen Jiangsu, Zhejiang, Anhui und Shanghai umfasst. Im Einzugsbereich leben mehr als 200 Mio. Menschen; auf dieses Netz entfallen rd. 20 Prozent der gesamten Kapazität der Energieerzeugung. Nach Fertigstellung des Drei-Schluchten-Staudamms wird das Elektrizitätsnetz Zentralchina mit dem Elektrizitätsnetz Ostchina verbunden. (XNA, 9.8.00; *China Nachrichten*, Nr. 9; XNA, 17.7.00)

Neben dem Ausbau der Energiekapazitäten verfolgt die Regierung eine schrittweise Reform des Energiesektors. Zunächst erfolgt eine Trennung zwischen administrativen Funktionen der Regierung und dem Management der Kraftwerke, dann eine Trennung zwischen Kraftwerken und Betreibern von Elektrizitätsnetzen und dann die Einführung wettbewerbsorientierter Preissysteme. Erste Experimente mit diesen Reformen sollen in den Provinzen Liaoning, Jilin, Heilongjiang, Zhejiang, Shandong und Shanghai durchgeführt werden. (XNA, 22.11.00) -schü-

37 Ehrgeiziges Projekt zur Erschließung von Erdgasvorkommen

Erdgas wird zunehmend als Alternative zur Kohle gesehen, vor allem unter Umweltaspekten. Der Erdgasanteil an der Energieproduktion hat sich allerdings in den letzten Jahren noch nicht wesentlich verändert und lag 1999 bei rd. 3%. Die Produktion von Erdgas betrug 1998 23,3 Mrd. cbm und stieg 1999 um 8,2% auf 25,2 Mrd. cbm. (*China Statistical Yearbook 2000*, S. 456).

Die Förderung von Erdgas konzentriert sich auf die Provinzen Sichuan, Shaanxi, Gansu, Ningxia und Xinjiang. Bis zum Jahr 2005 wird mit einer Ausweitung der Fördermenge auf 30 Mrd. cbm gerechnet. Das größte noch nicht erschlossene Erdgasfeld liegt im Nordwesten der Provinz Xinjiang und soll Produktionskapazitäten von rd. 10 Mrd. cbm jährlich aufweisen. Eine rd. 4.200 km lange Pipeline soll das Erdgas durch zehn Provinzen nach Shanghai transportieren. (XNA, 19.4.99; NfA, 30.10.00)

Nach Angaben von Chen Jiqing, Manager der Projektteilung des West-East Gas Transmission Programme, wird die Gaspipeline im Tarim-Becken im Nordwesten der Provinz Xinjiang beginnen und in Shanghai enden. Die Pipeline wird durch die Wüste Gobi, das Löss-Gebirge, den Yangzi, Huaihe und den Gelben Fluss führen. Zwischen Xinjiang und Shanghai durchquert die Pipeline die Provinzen Gansu, Shaanxi, Shanxi, Henan, Anhui, Jiangsu und Ningxia.

Durch die Pipeline sollen nach Angaben von Chen zukünftig rd. 12 Mio. Kubikmeter Gas jährlich geleitet werden. Der Bau der Pipeline wird hohe Kosten verursachen, allein 2 Mio. t Stahl werden notwendig werden. Chen kündigte die Organisation internationaler Symposien an, auf denen Fragen der technischen Ausstattung und Verlegung der Pipeline diskutiert und auf dem moderne Technologien ausländischer Unternehmen einbezogen werden sollen. Für das Projekt soll ein Anteil von 70% des gesamten Materials in China selbst hergestellt werden. (XNA, 17.11.00) -schü-

38 Regierung drängt auf Wassersparmaßnahmen und Einhaltung der Umweltstandards für Wasser

In einem Rundschreiben des Staatsrats Ende November d.J. wird dazu aufgerufen, Maßnahmen gegen die Umweltverschmutzung sowie zum Einsparen von Wasser in den Städten durchzuführen. Das Rundschreiben wurde gemeinsam von der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission, dem Ministerium für Wasserressourcen sowie der Staatlichen Umweltschutzbehörde herausgegeben. Es wird eine stärker integrierte interregionale Strategie mit einer Diversifizierung von Ressourcen, stärkerem Wasserrecycling, der Einsatz von Wasser sparenden Technologien, eine intensivere Behandlung von Abwasser und die Nutzung von Regenwasser in Trockengebieten gefordert.

Maßnahmen zur Wassereinsparung konzentrieren sich auf die Bereiche Wärmekraftwerke, Textilproduktion, petrochemische Industrie, Papierherstellung, Metallurgie und andere Industriezweige mit einem hohen Wasserkonsum. (XNA, 17.11.00)

Chinesischen Untersuchungen zufolge besitzt China Wasserreserven in Höhe von 2,8 Billionen cbm bzw. 2.220 cbm pro Kopf. Aufgrund des erwarteten Bevölkerungsanstiegs auf 1,6 Mrd. Menschen bis zum Jahre 2030 werden sich die Pro-Kopf-Wasserreserven auf 1.760 cbm reduzieren. Es wird davon ausgegangen, dass davon lediglich 700-800 cbm nutzbar sind und diese Menge einem Verbrauch von 400-500 cbm pro Kopf gegenübersteht. Im internationalen Vergleich gilt China damit als „wasserarm“, denn die Grenze für ein ausreichendes Pro-Kopf-Wasservorkommen liegt bei 1.700 cbm. (NfA, 13.11.00)

Nach Angaben der Staatlichen Umweltschutzbehörde haben 93% von 238.000 der Unternehmen, die zur Gewässerverschmutzung beitragen, nach technischen Verbesserungen neue Standards erreicht, die die Regierung vorgegeben hatte. Welche Standards dies im Einzelnen sind, wurde in dem Bericht der Xinhua News Agency vom 13.11.00 nicht genannt. Weitere 17.925 bzw. 86% der großen Unternehmen, die besonders stark die Umwelt ver-

schmutzen und 65% zur gesamten Industrieverschmutzung der Flüsse und Seen beitragen, sollen ebenfalls neue erlaubte Standards erreicht haben. Allerdings war der Anteil der Schlüsselunternehmen, die höhere Umweltstandards erreichen konnten, mit 77% deutlich niedriger. Keine Fortschritte machten die meisten Schlüsselunternehmen in den Provinzen Guizhou, Sichuan, Ningxia, Guangxi, Jiangxi, Innere Mongolei sowie in der Metropole Chongqing. Sie befinden sich vor allem in den Branchen Metallurgie, Chemie, Kohle, NE-Metall und Baustoffe. (XNA, 13.11.00)

Schließungen von umweltverschmutzenden Unternehmen haben in den letzten Jahren zugenommen. Die Stadtregierung Chongqing hat beispielsweise insgesamt 2.200 Unternehmen in den letzten fünf Jahren geschlossen, die stark die Umwelt belasteten und die Umweltstandards nicht erreichten. Überwiegend waren dies kleinere Fabriken und Kohlebergwerke. (XNA, 17.11.00)

In Beijing erging an die Capital Iron and Steel Company, die zu Chinas größten Stahl- und Eisenproduzenten zählt, die Aufforderung, ihren Output zu reduzieren und die Aktivität verschiedener Hochöfen noch vor Ende März 2001 einzustellen. Um die Luftverschmutzung in Beijing während der Heizperiode zu beschränken, wurden auch andere umweltverschmutzende Unternehmen wie die Zementfabrik Yanshan zu vorübergehenden Produktionseinstellungen aufgefordert. (XNA, 18.11.00)

Der Staatsrat weist in seinem Rundschreiben darauf hin, dass die Verschmutzung durch Industriebetriebe stärker kontrolliert werden wird. Unternehmen, die die vorgegebenen Umweltstandards nicht erreichen, müssten geschlossen oder ihre Produktion muss für einen bestimmten Zeitraum stillgelegt werden. Im 10. Fünfjahresplan soll sichergestellt werden, dass sich die Unternehmen strikt an die Emissionsvorgaben halten. Weiterhin müssen alle Städte in diesem Zeitraum Kläranlagen zur Abwasserbehandlung bauen. Ziel ist es, bis zum Jahre 2005 den Anteil des geklärten Abwassers in Städten mit einer Bevölkerung von über 500.000 Einwohnern auf mehr als 60% anzuheben. Bis

zum Jahre 2010 sollen dann die übrigen Städte den Anteil des behandelten Abwassers auf mindestens 60% erhöht haben. Ausnahmen davon bilden die Provinzhauptstädte, die Städte mit eigenständiger Planungshoheit und wichtige Städte für den Tourismus, deren Anteil am behandelten Abwasser mindestens 70% erreichen soll.

Gleichzeitig zur Erhöhung der Umweltstandards und ihrer Umsetzung soll die Reform der Preise für Wasser vorangetrieben werden. Auch hier sollen Marktmechanismen gelten und eine Diversifizierung der Beschaffung von Finanzmitteln mit Einbeziehung ausländischer Investitionen erfolgen, um den Bau und die Betreibung von Kläranlagen in den Städten zu beschleunigen. Für die Abwasserklärung sollen die Städte dann entsprechende Gebühren erheben, die den Aufbau und die Unterhaltung von Kläranlagen ermöglichen. (SWB FE/D4010/CNS, 29.11.00) -schü-

SVR Hongkong

39 Rückführungsabkommen mit Deutschland unterzeichnet, Visafreiheit für EU im Visier

Die Unterzeichnung einer Vereinbarung über die Rückführung illegal eingereister Personen zwischen der SVR Hongkong und der Bundesrepublik Deutschland durch Anson Chan (Administrative Secretary) und Innenminister Schily am 17. November in Hongkong könnte sich als wichtiger Schritt auf dem Weg zur visafreien Einreise von Hongkonger Bürgern nach Deutschland und in andere Staaten der EU erweisen. In dem Abkommen, das in nur zweimonatigen Verhandlungen zu Stande kam, verpflichten sich beide Seiten zur Rücknahme von illegal in das Territorium der jeweils anderen Seite eingereisten Bürger. Die Bestimmungen sehen vor, dass auch solche Personen nach Hongkong zurückgeführt werden sollen, die sich bei der Einreise in die Bundesrepublik Deutschland gefälschter Hongkonger Pässe bedienen oder sich mit solchen illegal dort aufhalten. (SCMP,

18.11.00; vgl. auch die entsprechende Übersicht zur Außenpolitik in diesem Heft)

Die Vertreter beider Seiten stimmten nach Auskunft eines Sprechers der SVR Hongkong darin überein, dass das schnelle Zustandekommen der Vereinbarung ein deutlicher Beleg für die konstruktive Zusammenarbeit im Kampf gegen illegale Einwanderung und Menschenhandel darstelle (XNA, 17.11.00)

Nach der erfolgreichen Unterzeichnung teilte Innenminister Schily mit, Deutschland werde Hongkong darin unterstützen, die bestehenden Visa-beschränkungen für Hongkonger Bürger in EU-Staaten aufzuheben. Dies trifft jedoch auf Vorbehalte seitens einer Reihe anderer Länder der EU, die im Falle einer Abschaffung der Visapflicht für Reisende aus Hongkong einen Anstieg der Zahl der illegalen chinesischen Einwanderer befürchten, die die ehemalige britische Kolonie verstärkt als Sprungbrett in die EU nutzen könnten. (SCMP online, 18.11.00) -kg-

40 Rücktritt des China-Redakteurs der *South China Morning Post*

Willy Wo-Lap Lam, der für die Berichterstattung über China verantwortliche langjährige Redakteur der größten englischsprachigen Hongkonger Tageszeitung *South China Morning Post* (SCMP), ist Anfang November zurückgetreten. Nach seinen eigenen Angaben protestierte er damit gegen zunehmende Versuche von Seiten des Eigentümers und des Herausgebers der Zeitung, seine Beiträge zur Politik auf dem Festland zu zensieren und die Berichterstattung zu depolitisieren (Artikel von Lam in AWSJ, 10.11.2000; vgl. AWSJ, 6.10.2000; IHT, 7.11.2000; SCMP, 7.11.2000).

Die Gründe, die zu Lams Rücktritt geführt haben, sind, sofern seine Darstellung zutreffend ist, als eine schwerwiegende Beeinträchtigung der Pressefreiheit in Hongkong zu werten.

Willy Wo-Lap Lam war seit zwölf Jahren als Kolumnist und Redakteur bei der SCMP tätig und in den letzten zehn Jahren für die Sparte zu Festlandchina verantwortlich. Durch zahl-